

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Der Bürgermeister**

Datum  
**05.04.2023**  
Ausschussbetreuender Fachbereich  
**Umwelt und Technik**  
Schriftführung  
Hans-Jörg Fedder  
Telefon-Nr.  
**02202-141321**

## **Niederschrift**

**Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung**  
**Sitzung am Dienstag, 07.02.2023**

Sitzungsort

**Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:00 Uhr - 20:19 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

### **Sitzungsteilnehmer**

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

## **Tagesordnung**

### **Ö Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Bestellung eines zweiten stellvertretenden Schriftführers**  
*0010/2023*
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 30.11.2022 - öffentlicher Teil**
- 4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 30.11.2022 - öffentlicher Teil**  
*0002/2023*
- 5 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**

- 6**      **Mitteilungen des Bürgermeisters**
  
- 7**      **Nachverfolgung aller wesentlichen Maßnahmen analog zu § 5 Abs. 1 der Zuständigkeitsordnung**  
*0034/2023*
  
- 8**      **2. Änderungsverordnung zur Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach**  
*0009/2023*
  
- 9**      **Maßnahmebeschluss - Anschaffung einer Semi-Station für die Geschwindigkeitsüberwachung**  
*0376/2021/1*
  
- 10**     **Wildschutzzaun Friedhof Gronau**  
*0015/2023*
  
- 11**     **Aktueller Sachstand zur Standsicherheitsproblematik der Baumsorte Robinia pseudoacacia 'Unifoliola'**  
*0016/2023*
  
- 12**     **Ersatzbeschaffung einer Kleinkehrmaschine**  
*0022/2023*
  
- 13**     **Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes 01.01.384 Hydraulische Sanierung Odinweg / am Stockbrunnen**  
*0003/2023*
  
- 14**     **Personalsituation im Fachbereich Umwelt und Technik**  
*0018/2023*
  
- 15**     **Anträge der Fraktionen**
  
- 15.1**    **Antrag der AfD-Fraktion vom 06.01.2023, das Laden der kommunalen E-Fahrzeuge einzustellen**  
*0024/2023*
  
- 15.2**    **Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft Bergisch Gladbach vom 11.01.2023 zur Errichtung eines LoRaWAN-Netzes**  
*0026/2023*
  
- 15.3**    **Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft vom 11.01.2023 zur Errichtung eines vereinfachten Systems zur Warnung der Bevölkerung**  
*0023/2023*
  
- 16**     **Anfragen der Ausschussmitglieder**
  
- 16.1**    **schriftliche Anfragen**
  
- 16.1.1** **Anfrage der CDU-Fraktion vom 21.12.2022 zu städtischen E-Lastenrädern**  
*0712/2022*
  
- 16.1.2** **Anfrage der CDU-Fraktion vom 21.12.2022 zu ersten Erfahrungen bei der Umsetzung der Baumschutzsatzung**  
*0017/2023*

**16.1.3 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion vom  
16.01.2023 zur kommunalen Wärmeleitplanung  
0043/2023**

**16.2 mündliche Anfragen**

# Protokollierung

## Ö Öffentlicher Teil

### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende Herr Wagner eröffnet um 17.00 Uhr die 13. Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Einschließlich der Vertretungsfälle ergibt sich folgendes Teilnehmerverzeichnis:

CDU-Fraktion: Herr Ambrosini (für Frau Casper), Herr Dr. Bothe, Herr Butz (bis 20:14 Uhr), Herr Gürster (für Herrn Lucke), Herr Maus, Herr Wagner

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Frau Außendorf (für Frau Dr. Steinmetzer), Herr Kirch, Herr Lobermeier, Herr van Loon, Herr Rickes

SPD-Fraktion: Herr Ebert, Frau Mohr, Herr Zalfen

AfD-Fraktion: Herr Dr. Waniczek

FDP-Fraktion: Herr Laschet

Fraktion Freie Wählergemeinschaft: Herr Freitag

Bergische Mitte Fraktion: Herr Kunze (für Herrn Schütz)

Integrationsrat: Herr Bochniczek

Inklusionsbeirat: Frau Kaul

Seniorenbeirat: Herr Derda (bis 19:55 Uhr)

Unter Verlesung des Verpflichtungstextes wird Herr Ambrosini in feierlicher Form als Ausschussmitglied eingeführt.

### 2. Bestellung eines zweiten stellvertretenden Schriftführers 0010/2023

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung fasst ohne Diskussion folgenden

Beschluss: (einstimmig)

**Herr Sven Bittorf** wird zum 2. stellvertretenden Schriftführer des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung bestellt.

### 3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 30.11.2022 - öffentlicher Teil

Gegen die Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben. Damit gilt sie als genehmigt.

4. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 30.11.2022 - öffentlicher Teil**  
0002/2023

Die Vorlage wird ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

5. **Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**

Herr Wagner verweist auf nachgereichte bzw. auf die Tische verteilte Unterlagen:

1. Zu TOP Ö 9: **Maßnahmebeschluss - Anschaffung einer Semi-Station für die Geschwindigkeitsüberwachung** ein Schreiben zur Beantwortung von Fragen
2. Zu TOP Ö 12: **Ersatzbeschaffung einer Kleinkehrmaschine** drei Ergänzungs- bzw. Änderungsanträge der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und ein gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion

*(Diese Unterlagen sind der Niederschrift als Anlagen beigelegt.)*

6. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Herr Nollen trägt folgende Mitteilungen vor:

1. Durch StadtGrün werden derzeit zwei Beauftragungen an die Schulbau-GmbH vorbereitet:
  - Zum Thema „Fahrradparker Otto-Hahn-Schulen“ werde dem AIUSO eine Beschlussvorlage unterbreitet, sobald eine Kostenschätzung nach Leistungsphase 3 vorliegt.
  - Sobald das Ergebnis der beauftragten Projektentwicklung zum Skatepark Saaler Mühle vorliege, werde eine Beschlussvorlage über einen Grundsatzbeschluss vorgelegt.
2. Zum Mehrgenerationenpark Refrath liege die Ausführungsplanung samt Leistungsverzeichnis und aktualisierter Kostenberechnung vor. Wegen der Einhaltung des Budgets würden derzeit Gespräche mit dem Fachbereich 2 – Finanzen geführt.
3. Die Reparatur der Schaukel auf dem Spielplatz Kamp sei noch nicht abgeschlossen. Eventuell werde eine Ersatzbeschaffung durch externe Dienstleister erforderlich. Diese sei aber nicht im Haushalt eingeplant.
4. Verwaltungintern müsse geprüft werden, ob die benötigte Fläche für die Erweiterung des Spielplatzes Peter-Bürding-Platz um zwei Wipptiere verfügbar sei. Die Baukosten inklusive Fallschutz lägen bei ca. 10.000 €.
5. Für ein Grundstück in der Barbarastraße wurde ein Bauantrag gestellt und genehmigt. Teil der Genehmigung war die Fällung zweier Birken. Der Schutz eines zu erhaltenden Nachbarbaumes war Bestandteil der Baugenehmigung. Entsprechende Auflagen wurden erlassen.

7. **Nachverfolgung aller wesentlichen Maßnahmen analog zu § 5 Abs. 1 der Zuständigkeitsordnung**  
0034/2023

Die Vorlage wird ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

8. **2. Änderungsverordnung zur Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach**  
0009/2023

Herr Zalfen meint, von der Ordnungsbehörde könne nicht verlangt werden, Emissionen zu messen. Da seiner Fraktion keine Beschwerden über Lärmbelästigungen bekannt geworden seien, würde sie gerne auf das Verbot der Lautsprecheranlagen verzichten.

Herr Wagner erklärt, seines Wissens würden sich Leute in der Fußgängerzone niederlassen und die Verstärker ihrer Musikanlagen aufdrehen.

Herr Dr. Bothe verweist auf den Vorbehalt seiner Fraktion gegen die Kontrolle der Hundekotbeutel. Unbestritten seien Hundehaufen ein Ärgernis. Das Mitführen von Hundekotbeuteln löse aber nicht das Problem der Verunreinigung.

Herr Freitag schließt sich dem an. Hinsichtlich der Größe der Hausnummern fragt er nach dem Bestandsschutz.

Herr Lewen erklärt, alle drei Änderungswünsche seien aus der Praxis heraus entstanden. Bei der Größe der Hausnummern gehe es um die Erreichbarkeit der jeweiligen Einsatzorte ohne Zeitverluste durch Suchen.

Bei den beiden anderen Vorschlägen handele es sich um flankierende Maßnahmen, um Verhaltensänderungen der Betroffenen zu erreichen.

Die Regelung zu den Lautsprecheranlagen solle dem Außendienst ein Einschreiten erleichtern.

Herr Kunze schließt sich der Forderung nach den Hundekotbeuteln an.

Lautsprecheranlagen seien nicht das Thema der Ordnungsbehördlichen Verordnung. Geregelt werden würde das Verhalten von Straßenmusikanten.

Ihn interessiere die Frage, ob der Ordnungsdienst nicht ein Lärmmessgerät im Auto mit sich führen könne.

Auf Anfrage des Vorsitzenden zeigt sich der Ausschuss mit der getrennten Abstimmung der vorgeschlagenen Regelungen einverstanden.

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung fasst in getrennten Abstimmungen folgende

**Beschlüsse:** 1. (mehrheitlich gegen sechs Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Freie Wählergemeinschaft)

Dem Verwaltungsvorschlag zu den Hundekotbeuteln (Artikel 1 Nr. 1) wird zugestimmt.

2. (mehrheitlich mit neun Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der AfD-Fraktion und der Fraktion Freie Wählergemeinschaft ohne Enthaltungen)

Dem Verwaltungsvorschlag zu Straßenmusikanten (Artikel 1 Nr. 2) wird zugestimmt.

3. (einstimmig)

Dem Verwaltungsvorschlag zur Nummerierung von Gebäuden (Artikel 1 Nr. 3) wird zugestimmt.

## **9. Maßnahmebeschluss - Anschaffung einer Semi-Station für die Geschwindigkeitsüberwachung**

*0376/2021/1*

Herr Dr. Bothe erklärt, der CDU-Fraktion habe die Wirtschaftlichkeitsanalyse nicht ausgereicht. Die im Arbeitskreis gestellten Nachfragen seien schriftlich beantwortet worden. (*s. Anlage*) Die Kosten der Bearbeitung der Bußgeldbescheide würden nicht aufgeführt. Allein durch die Protokosten würden alle Wirtschaftlichkeitsberechnungen negativ. Auch frage er nach dem Personalaufwand für die Bearbeitung von 30 – 35 Anträgen pro Tag.

Herr Kunze ist der Auffassung, allein durch die Portokosten würde der kalkulatorische Gewinn aufgefressen. Die Kosten für die städtischen Mitarbeiter seien darin noch gar nicht enthalten. Seine Fraktion störe sich auch daran, dass diese Maßnahme in eine Zeit falle, in der Tempo 30 ausgeweitet werden solle.

Herr Butz erklärt, der CDU-Fraktion gehe es nicht um eine Verhinderung oder Vertagung der Messstation. Probleme hätte seine Fraktion aber mit Herleitung und Erklärung der Vorlage. Unter „finanziellen Auswirkungen“ würden Mehrerträgen von jährlich 120.000 € Mehraufwendungen von jährlich 110.206 € gegenübergestellt. Gleichwohl teile seine Fraktion die Auffassung der SPD-Fraktion, die Verkehrserziehung der Teilnehmer dürfe nicht finanziellen Auswirkungen unterworfen werden.

Herr Wagner möchte wissen, ob die Kosten für die Bewegung der Semi-Station und die Anforderungen an die Fahrer (Führerscheinklasse) in den Kosten berücksichtigt würden.

Herr Laschet meint, die Verwaltung solle kostendeckend arbeiten. Er wolle wissen, ob die Verwaltungsentgelte ausreichend hoch seien. Er rege an, für den Fall der Anschaffung einer Semi-Station eine Statistik zu führen und dem Ausschuss nach einer gewissen Nutzungsdauer vorzulegen, um nachzuweisen, wie sich das Kosten- und Ausgabeverhalten relativiert. Sollte sich eine erhebliche Kostenlücke herausstellen, könne eine Anpassung der Verwaltungsentgelte diskutiert werden.

Herr Zalfen erinnert daran, dass bisher Geschwindigkeitsüberwachungen mit einem „Karlsruher Fahrzeug“ durchgeführt werden. Im Gegensatz zu diesem Fahrzeug sei bei der Semi-Station seines Wissens kein Zeuge im Einsatz. Dies bedeute einen geringeren Personalaufwand beim Einsatz der Semi-Station.

Herr Butz beantragt die Vertagung dieses Tagesordnungspunktes in die nächste Sitzung dieses Ausschusses, um die gestellten konstruktiven Fragen von der Verwaltung beantworten zu lassen.

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion)

Die Beschlussfassung wird in die Sitzung dieses Ausschusses am 14.03.2023 vertagt.

## **10. Wildschutzzaun Friedhof Gronau** **0015/2023**

Herr Dr. Waniczek spricht sich dafür aus, frei werdende Haushaltsmittel an den Haushalt zurückzugeben.

Herr Nollen verweist darauf, dass z. B. der Mehrgenerationenpark durch die lange Planungszeit teurer werde.

Herr Ebert erklärt, nach seinem Verständnis des Haushaltsrechts müssten Vorschläge zur Gegenfinanzierung erfolgen, wenn eine Maßnahme teurer würde. Er fände es richtig, das nicht benötigte Geld auf der Haushaltsstelle zu verwahren und als Gegenfinanzierungsvorschlag zu verwenden.

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Es wird dem Vorschlag der Verwaltung gefolgt, die für 2023 angemeldeten Mittel für eine neue, wildsichere Einzäunung des städtischen Friedhofs in Gronau nicht zu investieren.

Stattdessen sollen die Mittel bei Bedarf möglichst für andere StadtGrün-Projekte verwendet oder anderenfalls an den Haushalt zurückgegeben werden.

**11. Aktueller Sachstand zur Standsicherheitsproblematik der Baumsorte Robinia pseudoacacia 'Unifoliola'**

0016/2023

Herr Dr. Waniczek verweist darauf, dass diese Akazien ein wichtiges ertragreiches Bienenfutter seien. Daher würde er es sehr begrüßen, die zu fällenden durch neue Akazien zu ersetzen.

Herr Nollen erklärt, es sei noch nicht klar, welche Arten oder Sorten neu gepflanzt würden. Anschließend erläutert er die Vorlage. Auf Anfrage Herrn van Loons erklärt er, es sei schwierig in beengten Straßenverhältnissen einen nicht mehr standsicheren Baum zu stützen. Baumsicherungen seien durch Kunststoffseile oder durch starre Verbindungen durch Stahlseile möglich. Baumstützen fänden überwiegend in Parkanlagen Anwendung.

Mit diesen Ergänzungen wird die Vorlage zur Kenntnis genommen.

**12. Ersatzbeschaffung einer Kleinkehrmaschine**

0022/2023

Der Vorsitzende Herr Wagner verweist auf die vorliegenden Änderungsanträge der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und den gemeinsamen Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion.

Herr Dr. Bothe begründet den Änderungsantrag seiner Fraktion.

Auf electricitymap.com sei der Strommix der einzelnen Länder einsehbar. Aktuell habe Deutschland nach Polen den zweithöchsten Wert (570 g/kwh) in Europa. Wer also heute mit Strom tanke, hinterlasse einen größeren Fußabdruck als wenn mit Diesel getankt würde. Eine Elektrifizierung führe in den nächsten zehn Jahren nicht zu Einsparungen von CO<sub>2</sub>.

Herr Dekker erinnert daran, dass bereits im Januar 2022 der Bedarf nach einer neuen Kleinkehrmaschine festgestellt wurde. Verwaltungsmeinung sei die Ersatzbeschaffung einer Kleinkehrmaschine mit konventionellem Antrieb.

Herr Freitag informiert über seine Informationen aus Wuppertal, die deutlich von den Darstellungen der Vorlage abweichen würden.

Herr Zenz erklärt, die Stadt Bergisch Gladbach habe auch zu Langzeittests andere Aussagen bekommen als Herr Freitag. Eine größere Kommune sei nur mit einer von fünf eingesetzten Maschinen im Grundsatz zufrieden. Derzeit sei keine Förderfähigkeit von 80% des Differenzbetrages möglich. In den letzten beiden Jahren seien größere Preissteigerungen eingetreten, die die Preisunterschiede in der Anschaffung zumindest teilweise erklären.

Die Stadt Bergisch Gladbach verfüge nur über zwei Kleinkehrmaschinen. Größere Städte hätten andere Möglichkeiten als Bergisch Gladbach, Ausfälle zu kompensieren. Nach ihm vorliegenden Informationen seien Kleinkehrmaschinen nicht förderfähig.

Herr Dr. Waniczek unterstützt den Vorschlag der CDU-Fraktion. Der in den letzten Jahren angestrebte Umstieg auf elektrisch angetriebene Fahrzeuge werde in den „Deutschen Wirtschaftsnachrichten“ beschrieben: „Deutschland steigert CO<sub>2</sub>-Emissionen beträchtlich“. 2022 sei in Deutschland 13 % mehr Kohle-Strom erzeugt worden als 2021.

Herr Laschet geht aufgrund der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung davon aus, dass die Daten für die Beschaffung zutreffend wären. Auch halte er die genannten Beschaffungskosten für zutreffend. Damit sei für ihn erwiesen, dass eine Kleinkehrmaschine mit konventionellem Antrieb günstiger sei als eine mit elektrischem Antrieb, auch wenn dieser gefördert werde. Erfolge auch weiterhin keine Ersatzbeschaffung, sei bei einem Ausfall der vorhandenen Kleinkehrmaschine keine ordnungsgemäße Reinigung der Fußgängerzonen mehr möglich. Schlussendlich sei auch unklar, ob ein Förderantrag positiv beschieden würde und falls ja, wann.



Herr Lobermeier kritisiert, dass die Klimafolgekosten nicht in die Wirtschaftlichkeitsberechnung aufgenommen worden wären. Dadurch sei es nicht möglich, wie eine Investition sinnvoll zu tätigen sei.

Er fände es interessant, wie die Verwaltung in einer Sitzung zu derart unterschiedlichen Aussagen käme. In der Vorlage zu TOP Ö 15.1 zitiere die Verwaltung, „dass Elektroautos auch mit dem heutigen Strommix deutlich klimafreundlicher als Verbrenner sind“ (S. 66 der Einladung).

Vom zuständigen Bundesamt habe er hinsichtlich der Förderfähigkeit der Kleinkehrmaschinen eine andere Aussage bekommen als die Verwaltung. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sei der festen Überzeugung, dass der Klimaschutz konsequent weiterverfolgt werden müsse.

Klimaschutz gebe es nicht zum Nulltarif. Dazu würden auch Verhaltensänderungen, organisatorische Maßnahmen und Mehrkosten gehören.

Nach Meinung Herrn Eberts sei die Uneinigkeit im Detail darin begründet, dass noch kein Konzept für Fahrzeugantriebe vorliege. Die Strategie der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion sei, praktische Erfahrungen zu sammeln. Nicht einmal die vor Monaten angeschafften Lastenräder würden wegen der fehlenden Abstimmung mit dem Personalrat genutzt.

Ihn interessiere, wann dieses fehlende Konzept vorgelegt werde. Dazu gehöre auch die Abgrenzung, welche städtischen Fahrzeuge mit Elektroantrieb betrieben werden können und welche Fahrzeuge sinnvoll nur mit konventionellem Antrieb genutzt werden können.

Herr Derda erklärt, der Seniorenbeirat habe zur Kenntnis genommen, dass eventuell über zusätzliche Belastungen des Haushalts diskutiert werde. Der Seniorenbeirat befürchte, dass dadurch die sozialen Aufwendungen für die Senioren im Rahmen des Haushaltsausgleichs z. B. durch Stellenkürzungen im Seniorenbüro oder die Schließung einer Seniorenbegegnungsstätte gekürzt werden.

Herr Butz beantragt das Ende der Rednerliste.

Der Vorsitzende Herr Wagner verweist darauf, dass auf der Rednerliste noch Herr Zenz, Herr Dr. Waniczek, Herr Naus, Herr Laschet und Frau Außendorf stehen.

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimme Herrn Eberts)

Die Rednerliste wird geschlossen.

Herr Wagner erklärt, in der heutigen Sitzung könne das gewünschte Konzept nicht beraten werden. Es müsse dazu eine Vorlage erstellt werden.

Herr Maus hält das angesprochene Konzept für absolut notwendig. Er erinnert an seine früheren Ausführungen zum Restbudget. Priorität 1 müsse das Klima sein. CO<sub>2</sub> müsse vermieden werden. Klimafreundlichkeit müsse zum geringsten Preis erreicht werden, der möglich sei. Damit spiele Wirtschaftlichkeit nur die zweite Rolle.

Herr Laschet spricht sich für eine ergebnisoffene Arbeit aus und verweist auf die wupsi, die auf Wasserstoffantrieb umstelle.

Dazu merkt Herr Zenz an, dass das Konzept nicht vergessen sei. Eine vor zwei Jahren für den Bereich „Fuhrpark und Technik“ beantragte Stelle sei noch nicht besetzt. Die einzige besetzte Stelle in diesem Bereich müsse sich um alle Beschaffungen kümmern. Selbst wenn die beantragte Stelle genehmigt werde, könne er das Konzept nicht vor Ende des Jahres in Aussicht stellen.

Frau Außendorf spricht sich dafür aus, das Konzept bereits zur nächsten Sitzung auszuarbeiten. Zu einer möglichen Förderung verweise sie auf die Begründung des Änderungsantrags von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD. Bereits in der letzten Sitzung habe ihre Fraktion deutlich die Einarbeitung der Klimafolgekosten in die Berechnung verlangt. Sonst sei keine Vergleichbarkeit möglich. Die gegensätzlichen Aussagen zur Förderung müssten innerhalb der nächsten Woche geklärt werden.

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung fasst folgende

Beschlüsse: 1. (mehrheitlich mit neun Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion und der Fraktion Freie Wählergemeinschaft gegen sieben Stimmen der CDU-Fraktion und der AfD-Fraktion bei einer Enthaltung der FDP-Fraktion)

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion wird abgelehnt.

2. (mehrheitlich mit neun Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion und der Fraktion Freie Wählergemeinschaft gegen acht Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der AfD-Fraktion)

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion wird abgelehnt.

3. (mehrheitlich mit neun Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion und der Fraktion Freie Wählergemeinschaft gegen acht Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der AfD-Fraktion)

Der Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD wird wie folgt beschlossen:

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung beschließt die Ersatzbeschaffung einer Kleinkehrmaschine als elektrische Kleinkehrmaschine für die Stadtreinigung.

Zur Gegenfinanzierung und Entlastung des Gebührenhaushalts wird eine Förderung nach der „Richtlinie über die Förderung von Nutzfahrzeugen mit alternativen, klimaschonenden Antrieben und dazugehöriger Tank- und Ladeinfrastruktur (KsNI-Richtlinie)“ des Bundesamtes für Digitales und Verkehr zum nächstmöglichen Aufruf zur Antragseinreichung, voraussichtlich Sommer 2023, beantragt.

Die Beschaffung erfolgt nach Bewilligung der benannten Förderung im Wege einer in-house-Beauftragung durch die EGBL GmbH. Der AWB schließt mit der EGBL GmbH Mietverträge über die beschaffte Maschine mit einer Laufzeit von vier Jahren ab. Hierzu bewilligt der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung eine Zahlungsverpflichtung des Abfallwirtschaftsbetriebes im konsumtiven Bereich für die Vertragszeiträume in Höhe der in der nicht öffentlichen Vorlage 0302/2022, AIUSO am 30.11.2022, TOP N 7, genannten Zahlen. (Beschluss gemäß § 5 Absatz 5 Zuständigkeitsordnung).

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Ausschuss zur nächsten Sitzung am 14.03.2023 unter Berücksichtigung der Förderung nach Richtlinie KsNI und unter der landes- und bundesgesetzlich vorgeschriebenen Einbeziehung der Klimafolgekosten eine neue Wirtschaftlichkeitsberechnung vorzulegen.

Der Vorsitzende Herr Wagner stellt fest, dass sich damit eine Abstimmung des Verwaltungsvorschlags erübrigt.

Auf Anfrage Herrn Zenz, wie nach einer Ablehnung der Förderung zu verfahren sei, erklärt Herr Lobermeier, auch nach abgelehnter Förderung würden die Antragsteller für die Anschaffung einer Kleinkehrmaschine stimmen.

Der Vorsitzende Herr Wagner verweist auf Nachfrage Herrn Eberts darauf, dass das Konzept bereits beschlossen, aber aus personellen Gründen nicht erstellt worden sei.

Frau Außendorf halte es für gut, dass es für die Erstellung des Konzeptes ein Zeitraster gebe. Herr Wagner und Herr Dekker erklären, die erforderliche Stelle sei angemeldet. Die Verabschiedung des Haushalts und des Stellenplans stünden an. Es sei unrealistisch, bis zur Abgabefrist nächste Woche das Konzept zu erstellen.

Herr Dr. Bothe hat formale Bedenken gegen die Umdeutung eines Beschlusses. Beschlusstext sei, die Beschaffung erfolge *nach* Bewilligung der Förderung. In der Begründung des Antrages werde darauf abgehoben, dass die Beschaffung der elektrischen Kleinkehrmaschine wegen der 80%igen Förderung nicht viel teurer sei als die Beschaffung der konventionellen Kleinkehrmaschine.

Herr Ebert beantwortet Herrn Zenz' Frage dahingehend, dass ggfs. eine erneute Beratung im Ausschuss erforderlich werde, falls keine Förderung erfolgt. Herr Wagner wirft ein, dies stehe im Widerspruch zum gefassten Beschluss. Er sei der Auffassung, dass der Stadt die Zeit weglaufe, da über die Förderung erst im Sommer entschieden werde.

Herr Lobermeier ergänzt, dass für einen neuen Beschluss auch die Klimafolgekostenberechnung benötigt würde. Das sei ebenfalls beschlossen worden.

Zu einer Bemerkung Herrn van Loons erklärt Herr Wagner, über das Konzept werde im Zusammenhang mit diesem Tagesordnungspunkt nicht gesprochen. Im Lauf der Beratung sei bereits ausgeführt worden, dass mit dem Konzept nicht vor Ende des Jahres zu rechnen sei.

**13. Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes 01.01.384**  
**Hydraulische Sanierung Odinweg / am Stockbrunnen**  
**0003/2023**

Frau Mäding (Abwasserwerk) erläutert die Vorlage.

Herr Laschet möchte wissen, ob die lange Verfahrensdauer daraus resultiere, dass es sich um ein Maßnahmenbündel handele. Dies bestätigt Frau Mäding durch Nicken.

Herr Laschet möchte wissen, wie wahrscheinlich es sei, dass 20% Aufschlag gegenüber den bisherigen Erfahrungswerten ausreichend seien, wenn die Maßnahme 2027 oder 2028 ausgeführt werde.

Dazu führt Frau Mäding aus, liege in der Leistungsphase 3 die Kostenberechnung vor, können differenziertere Zahlen vorgelegt werden. 2024/2025 läge die Kostenberechnung vor; dann könne die Verwaltung genauere Zahlen vortragen.

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung fasst folgende

Beschlussempfehlung: (einstimmig)

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften beschließt die Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes „01.01.384 Hydraulische Sanierung Odinweg / Am Stockbrunnen“ gemäß der Beschreibung in der Sachdarstellung.

**14. Personalsituation im Fachbereich Umwelt und Technik**  
**0018/2023**

Herr Zalfen verweist auf die Ausführungen auf Seite 61 der Vorlage, wonach andere Kommunen vergleichbare Stellen (im Abwasserwerk) mit einer höheren Dotierung ausschreiben würden und dadurch ein Wettbewerbsnachteil für das Abwasserwerk entstünde. Er spreche sich für eine höhere Einstufung der Stellen aus und wolle wissen, seit wann der missliche Zustand bekannt sei und was die Stadt dagegen zu tun gedenke.

Herr Dekker führt aus, dass sich auch andere Behörden bzw. deren Gesellschaften an die Einstufung halten müssten. Das Abwasserwerk Bergisch Gladbach versuche, mit der Gewährung von Fachkräftezulagen Personal zu gewinnen bzw. zu halten.

Mit diesen Ausführungen wird die Vorlage zur Kenntnis genommen.

## **15. Anträge der Fraktionen**

### **15.1. Antrag der AfD-Fraktion vom 06.01.2023, das Laden der kommunalen E-Fahrzeuge einzustellen**

0024/2023

Herr Dr. Waniczek begründet den Antrag seiner Fraktion.

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung fasst sodann folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimme der AfD-Fraktion ohne Enthaltungen)

Der Antrag wird abgelehnt.

### **15.2. Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft Bergisch Gladbach vom 11.01.2023 zur Errichtung eines LoRaWAN-Netzes**

0026/2023

Herr Freitag begründet den Antrag seiner Fraktion.

Herr Dekker betont, die Verwaltung würde verschiedene Anwendungsmöglichkeiten von LoRaWAN testen. Es würde sich erweisen, ob LoRaWAN geeignet sei, ein Frühwarnsystem zu etablieren.

Herr Zalfen unterstützt die Intention des Antrags für die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Kleinere Bäche wie der Hebborner Bach und der Mutzbach seien bislang nicht mit betrachtet worden. Grundsätzliches Ziel sei, die Bevölkerung frühzeitig und schnell schützen zu können und die Rettungskräfte rechtzeitig informieren zu können. SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN sprächen sich für eine Umdenken und Retentionsflächen in der Stadt aus.

Herr Laschet schließt sich für die FDP-Fraktion den Ausführungen Herrn Zalfens an. Gleichwohl würde er sich dem Vorschlag der Verwaltung nach einer Vertagung anschließen, weil es verschiedene technische Möglichkeiten gebe.

Auch Herr Dr. Bothe schließt sich dem an.

Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden Herr Wagner erklärt sich Herr Freitag damit einverstanden, wie von der Verwaltung vorgeschlagen die Prüfungsergebnisse abzuwarten und anschließend eine Entscheidung zu treffen, welches System einer Pegelmessung und Frühwarnung zum Einsatz kommen könnte.

### **15.3. Antrag der Fraktion Freie Wählergemeinschaft vom 11.01.2023 zur Errichtung eines vereinfachten Systems zur Warnung der Bevölkerung**

0023/2023

Herr Freitag begründet den Antrag seiner Fraktion.

Herr Ebert weist auf den im Laufe der Zeit geänderten Bachlauf der Strunde hin. Überschreite ihr Pegelstand an ihrer Tiefstelle eine bestimmte Höhe, kehre die Strunde in ihr altes Bett zurück. In diesem alten Bachbett lägen große Teile der Ortslage Gierath. Daher sei nachvollziehbar, dass die Bevölkerung Angst vor einem solchen Starkregen habe.

Einige 100 Meter bachaufwärts liege ein Regenrückhaltebecken. Er finde die Einrichtung eines Systems nachvollziehbar, das bereits vor Erreichung des Höchststandes im Rückhaltebecken warne.

Frau Mäding (Abwasserwerk) macht darauf aufmerksam, dass es sich beim 14.07.2021 nicht um ein repräsentatives Regenereignis gehandelt habe. Vielmehr habe es sich um ein 4.000-jähriges Regenereignis gehandelt. Einem Frühwarnsystem stünden die fehlenden Vorlaufzeiten entgegen. Das gewünschte Warnsystem würde die Anlieger im Zweifelsfall mehrfach in kurzen Abständen wecken. Ein Problem sei, dass Feuerwehr und Kanalunterhaltung einige Zeit bräuchten, bis sie an Ort und Stelle wären. Verwaltungsintern habe man sich auf bestimmte Zeiten geeinigt. Ob diese Zeiten eingehalten werden könnten, könne noch niemand sagen.

Herr Laschet ist der Auffassung, ein solches Warnsystem fände auf verschiedene Rückhaltebecken in Bergisch Gladbach Anwendung, z. B. auf die Diepeschrather Wiese. Grundsätzlich sei es sinnvoll, diese Rückhaltebecken regelmäßig zu kontrollieren, um die Bevölkerung rechtzeitig warnen zu können. Er spreche sich dafür aus, abzuwarten.

Herr Freitag wird lieber einmal zu viel als einmal zu wenig geweckt.

Das Becken Kippemühle sei ursprünglich deutlich größer geplant worden. Auch wurden mehr Straßenzüge als geplant mit ihrem Regenwasser angeschlossen. Das Becken laufe deutlich häufiger über als nötig. Werde das Wasser unkontrolliert abgelassen, käme es an den Engstellen zu Problemen.

Herr Dekker schlägt die Behandlung des Themas in der Sitzung dieses Ausschusses am 14.03. vor.

Herr Wagner begrüßt diesen Vorschlag.

Herr Ebert begrüßt die Ausführung Frau Mädings, sinnvolle Lösungen zu erarbeiten. Er unterstreiche das Anliegen Herrn Freitags, dass es nicht so sehr um die technische Feststellung der Höhe einer Wassersäule gehe, sondern um die berechtigte Angst der Gierather Bewohner vor einer Überflutung.

Herr Dr. Bothe spricht sich für eine ganzheitliche Behandlung des Problems aus.

Herr Wagner führt aus, er habe die bisherigen Ausführungen als Vertagungsantrag verstanden. Die Verwaltung bearbeite das Thema bereits. Es würden noch einige Ergebnisse abgewartet.

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung fasst folgenden

**Beschluss:** (mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion Freie Wählergemeinschaft mit Mehrheit aller übrigen Stimmen)

Dieser Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung dieses Ausschusses am 14.03.2023 vertagt.

## **16. Anfragen der Ausschussmitglieder**

### **16.1. schriftliche Anfragen**

#### **16.1.1. Anfrage der CDU-Fraktion vom 21.12.2022 zu städtischen E-Lastenrädern** 0712/2022

Die Vorlage wird ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

#### **16.1.2. Anfrage der CDU-Fraktion vom 21.12.2022 zu ersten Erfahrungen bei der Umsetzung der Baumschutzsatzung** 0017/2023

Herr Dr. Waniczek möchte wissen, ob auch Verstöße gegen die Baumschutzsatzung festgestellt wurden. Dies wird von Herrn Nollen bejaht. Die ca. 35 gemeldeten Ordnungswidrigkeitsverdachtsfälle würden nachgehalten und sollen zeitnah bearbeitet werden.

Herr Zalfen erklärt, es gebe wohl noch keinen Bußgeldkatalog. Er wolle wissen, ob zur nächsten Ausschusssitzung eine Bußgeldtabelle zu erwarten sei. Dies wird von Herrn Nollen verneint. Er sei sich nicht sicher, ob ein solcher Katalog vom Ausschuss behandelt werden müsse.

Zu Beginn des Jahres sei dieses Thema mit dem Fachbereich 3 – Recht, Sicherheit und Ordnung besprochen worden. Inzwischen liege ein Katalog vor, der mittig zwischen den anderenorts bestehenden Katalogen eingeordnet sei. Ob er beschlusspflichtig sei, werde seines Wissens derzeit geprüft. Verjährungsfristen würden von der Schwere der Ordnungswidrigkeit abhängen. Ob die anhängigen Verfahren der Verjährung unterliegen, würde derzeit geprüft.

Mit diesen Ausführungen wird die Vorlage zur Kenntnis genommen.

**16.1.3. Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion vom 16.01.2023 zur kommunalen Wärmeleitplanung**  
0043/2023

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen. Die Anfrage wird auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung stehen.

**16.2. mündliche Anfragen**

Herr Freitag stellt zum Hochwasserschutz Mutzbach folgende Anfrage:

Auf eine Anfrage von Kölner Ratsfraktionen bei der Bezirksvertretung Köln-Mülheim bezüglich des Abgleichs von Hochwasserschutzmaßnahmen im Bereich des Mutzbaches zwischen dem Rheinisch-Bergischen Kreis, dem Wupperverband und der StEB hat die Stadt Köln eine umfangreiche Beantwortung erstellt, die sowohl die Zusammenarbeit der beteiligten Institutionen beschreibt als auch einen Einblick in die Maßnahmen nach dem Starkregenereignis gibt.

Dabei ist festgestellt worden, dass durch Abwesenheit eines Mitarbeiters beim Starkregenereignis 2021 am Regenrückhaltebecken Diepeschrath das vorliegende Betriebshandbuch, das Anweisungen im Falle eines Hochwasserereignisses enthält, nicht beachtet wurde. Dadurch wurde ein Schieber in Richtung Köln nicht geschlossen und es kam zu erheblichen Überflutungen im Bereich Köln-Dünnwald.

Umgekehrt bedeutet dies aber auch, dass sich bei Beachtung des Handbuchs das Hochwasser nicht in Dünnwald, so sich aber doch in Bergisch Gladbach durch Rückstau negativ ausgewirkt hätte. Es wäre möglicherweise zu erheblichen Gebäudeschäden gekommen.

Die Ursache der Gesamtproblematik ist bekannt. Es sind die unzureichende Kapazität des Regenrückhaltebeckens auf der einen und die Verengung des Querschnitts des Kölner Randkanals auf der anderen Seite.

Bergisch Gladbach muss daher dringend daran interessiert sein, hier durch bauliche Maßnahmen, zumindest aber durch eine Präzisierung des Handbuchs Schaden von der Stadt und ihren Bürgern abzuwenden.

Die FWG-Fraktion will deshalb wissen, inwieweit die Problematik belannt ist, welche Gespräche diesbezüglich mit der StEB, dem Wupperverband und dem RBK laufen und welche Maßnahmen zur Klärung der Zuständigkeiten und zum Hochwasserschutz geplant sind.

Wir bitten um schriftliche Beantwortung.

Herr Derda verlässt die Sitzung um 19.55 Uhr.

Da keine weiteren Anfragen gestellt werden, schließt Herr Wagner um 19.55 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung, verabschiedet die Öffentlichkeit und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

---

gez. Wagner  
Vorsitzender

---

gez. Fedder  
Schriftführung